

Grundsatzdebatte der Ehrenamtler

Spendenparlament bewilligte Förderanträge über mehr als 28 000 Euro für insgesamt 16 Projekte

VON CHRISTIAN TRUTSCHHEL

KIEL. Präsidiumsmitglied Frank Meier konnte am Donnerstag ein trotz des schönen Abendwetters gut besetztes Spendenparlament im Ratssaal des Kieler Rathauses begrüßen. Von den etwa 100 Mitgliedern dieses Vereins von Ehrenamtlichen waren 30 zur Abstimmung anwesend, darunter die neunköpfige Finanzkommission, die alle 17 Anträge – einer wurde zurückgezogen – geprüft und hier und da auch eine niedrigere Fördersumme empfohlen hatte. Zusammen mit der elfköpfigen Trommlergruppe aus einem bereits geförderten Integrationsprojekt, die unter Applaus den musikalischen Auftakt übernahm, waren also gut 80 Menschen gekommen. Einstimmig angenommen wurde der Antrag auf 947,58 Euro, gestellt von Lotta e. V. Der Verein zur Förderung feministischer Frauen- und Mädchenarbeit kann nun die Papiere, Acrylfarben und Werkstoffe für Collagen anschaffen, die die von zwei Studentinnen ehrenamtlich betreute offene Kreativgruppe benötigt. „Bei uns leben Frauen, die früh missbraucht wurden, die aus organisierter Kriminalität kommen oder aus sadistischen oder satanischen Kulturen“, erläuterte Silke Neumann von

Lotta dem Parlament.

Während das Awo Kinderhaus und Familienzentrum Si-beliusweg seinen Antrag auf Finanzierung eines auf zunächst zehn Termine angelegten Angebots für gestresste, oft mehrere Kinder alleinerziehende Mütter – Yoga und Kinderbetreuung außerhalb der Öffnungszeiten des dann voll ausgelasteten Kinderhauses – mit 18 Ja-Stimmen und zwölf Enthaltungen gut durchbrachte, schaffte es das Projekt „Drum Circle“ im Awo Servicehaus Mettenhof nur haarscharf, trotz der von der Finanzkom-

Schwierige Situation für wohnungslose Männer

mission abgesenkten Summe von 1650 Euro. Damit soll jetzt ein von der Pflegeversicherung nicht finanzierbares Trommelangebot für bis zu 70 Senioren, auch solche mit Demenz, realisiert werden. Für die Neanschaffung von Unterwäsche, Socken und Schlafsäcken beantragte die Evangelische Stadtmission 2250 Euro und bekam sie, obwohl die Finanzkommission eine Absenkung auf 2000 empfohlen hatte. Gerhard Schoof hatte kurz und eindrücklich die Probleme bei der Versorgung alleinstehender wohnungsloser Männer in den vier Einrich-



Trommeln seit einem halben Jahr gemeinsam: Mitglieder des Trommelworkshops für Flüchtlinge und Einheimische, durchgeführt vom Musicium und bereits 2015 vom Spendenparlament gefördert.

FOTO: FRANK PETER

tungen skizziert: „Wir möchten schnell helfen, sind aber permanent am Rande unserer Möglichkeiten.“ Täglich kämen im Schnitt 80 Menschen in

„Ein Kinderspielplatz ist eine städtische Aufgabe. Es ist ein Unding, dass die Stadt sie hier nicht wahrnimmt.“

Wolfgang Podolske, Spendenparlamentarier

Not, mit steigender Tendenz. Die Unterbringungssituation in Kiel sei sehr angespannt, „und es passiert täglich, dass Leute auf die Straße geschickt werden müssen“. Eine höhere als

die beantragte Summe erhielt auch das von engagierten Studierenden der Uni Kiel mit geflüchteten jungen Erwachsenen gelebte Tandem-Projekt des Vereins Kulturgrenzenlos: 1500 statt 1000 Euro für Raummiete und für sechs große Treffen.

Eine Grundsatzdebatte lösten, ohne es zu wollen, die Antragsteller der Flüchtlings-Gemeinschaftsunterkunft Schusterkrug aus. Sie wollen in der mit zurzeit 1190 Flüchtlingen, darunter 215 im Alter bis 14 Jahre, größten Kieler Unterkunft auf dem MFG 5-Gelände, einen Spielplatz in Eigenregie errichten. Die Stadt habe die Errichtung genehmigt, eine Kostenübernahme abgelehnt, hieß es. Spendenparlamentarier

Wolfgang Podolske erntete für seine Kritik an der Stadt viel Beifall: „Ich finde es beschämend, dass wir dort eine so tolle Einrichtung haben, aber die Stadt nicht einen Kinderspielplatz finanziert.“ Dies führte zu einer ausgiebigen Debatte rund um die grundsätzliche Frage: „Ist es unsere Aufgabe, staatliche Aufgaben zu übernehmen? Nein.“ Das Parlament einigte sich auf pragmatisches Handeln und bewilligte, damit es noch im Sommer losgehen kann, von den beantragten 9734,90 für Sand, dessen Anlieferung und für Spielmaterial 5900 Euro mit 23 Ja-Stimmen – aber nur unter der Maßgabe, dass parallel öffentlicher Druck auf die Stadt ausgeübt werde.